

Verkauft 5mal wöchentlich, mit den Wochenschriften „Die Welt“ und „Für unsere kleinen Leute“, sowie den Zeitungen „St. Bernhards“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Katholischer Kalender“, „Das gute Buch“, „Filmschau“, „Monatlicher Bezugspreis 3 RM, einzeln, Vorkaufpreis, Einzelnummer 10 J. Sonntags- u. Samstagsnummer 20 J. Hauptverleger: Dr. G. Tiedtke, Dresden.

Verlagssort: Dresden
Anzeigenpreise: Die in der ersten Spalte 30 J. Familienanzeigen u. Anzeigen 20 J. Die in der zweiten Spalte 40 J. die in der dritten Spalte 1.000. Offensiv-20 J. Im Falle höherer Gehaltsveränderung wird die Berechnung auf den nächstfolgenden Sonntag h. Anzeigen-Katalogen u. Verträge h. Schiedsverfahren, Geschäftlicher Zoll: Kurtz Venz, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, N.-B. für Berlin und Dresden, Köpenicker Str. 17, Dresden-N. L. Postfach 17, Fernruf 2102, Postfachkonto Dresden 2704, Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61710

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Köpenick 17, Köpenicker Str. 17, Fernruf 20711 und 2102.

Streit beiseite!

Ein Wort zur politischen Arbeit der katholischen Vereine

„Gib dein Schwert in die Scheide“
Joh. XVIII.

Es hat immer kleine Geister gegeben, die in der Politik etwas Trennendes, ja Niedriges und Gemeines erblickt haben, und der Geist so mancher Parteipolitik mag auch dieser Auffassung in manchen Sinne recht geben. Man darf den Ausspruch wagen, daß überall da, wo die Partei das erste und die Politik, die sie macht, nur eine Hebung dieses Parteilebens ist, meist die Politik tatsächlich zu einer Schlämpe niederer Leidenschaft herabgewürdigt wird, daß sie dann eben, dem es ernstlich um Volk und Vaterland geht, anwidern und scheitern kann. Wie alle kennen und verabscheuen diese Art von Politik, die in egoistischen Einzel- und Masseninteressen ihre einzige Wurzel hat. Wir wissen aber auch — und das sollte man nie übersehen —, daß diesem Zerbröckeln der Politik bei vielen wahren Patrioten (um dieses Wort hier anzubringen) ein tiefestes Ringen um die großen Lebensfragen unseres Volkes gegenübersteht, also eine Auffassung von Politik, die aus tiefinnersten Quellen, aus der sittlichen Kraft einer positiven Weltanschauung schöpft. Diesen Unterschied muß man in seiner ganzen grundlegenden Bedeutung erfassen, ehe man es wagt, jede politische Betätigung schlechthin als Nebel, als mit dem Auszuge des Privat- oder Gruppenegoismus behaftet zu verurteilen.

Vielleicht ahnt man bereits die Tragweite dieser Unterscheidung. Es gibt Kreise, die nicht müde werden, immer wieder von einem Problem vor aller Öffentlichkeit zu reden, das für uns Katholiken bis 1918 eigentlich nie ein Problem gewesen ist und das es auch nachher im Grunde nie hätte werden dürfen, wenn wir unsere Pflichten und Aufgaben stets voll und ganz begriffen hätten: von der sogenannten „politischen Betätigung in den katholischen Vereinen“. Nachdem von anderer Seite dieses „Problem“ immer wieder in den Vordergrund gerückt wird (vgl. „Warnia“ Nr. 151, S. 1), ist es notwendig, auch an dieser Stelle in aller Sachlichkeit einiges zu der für uns durchaus klarliegenden Sache zu sagen.

Etwas Selbstverständliches sei vorausgeschickt: Soweit katholische Vereine die Fortbildung und Schulung ihrer Mitglieder als Programmpunkt auf ihre Fahne geschrieben haben, haben sie sich auch nie gescheut, an die großen Fragen heranzutreten, die jeden Deutschen als Mitglied seines Volkes im tiefsten berühren: die Fragen der staatlichen und sozialen Entwicklung schlechthin, der Gesetzgebung und Verwaltung, kurz alle die Fragen, die mit dem Gedeihen des Volkes ebenso sehr im Zusammenhang stehen wie mit dem Leben unserer kirchlichen Gemeinschaft und dem unserer Familie. Der Beschäftigung mit diesen Lebensfragen verdanken einzelne große Organisationen, wie der Katholische Volksverein, die Gesellen- und Arbeitervereine überhaupt erst ihr Dasein. Niemand hat je gewagt, darin einen Verbergriff zu erblicken, daß man sich in diesen Organisationen in jahrelangem ernsthaften Ringen mit dem Sozialismus und dem Kommunismus, oder mit dem wirtschaftlichen und geistigen Liberalismus auseinandergesetzt hat. Im Gegenteil, in diesem Ringen um den christlichen Staats- und Familiengedanken hat man die Lebensaufgabe dieser Vereine und Organisationen und ihren Daseinszweck erblickt. Es gibt fast keine Frage des Glaubens und der Moral, die heute nicht irgendwie auch entscheidende Fragen des öffentlichen, also auch des politischen Lebens berührt. Trotzdem kommen in den letzten Jahren immer wieder Stimmen (sie sind bisher glücklicherweise ohne besonderes Echo geblieben) und erheben gegen alle die, welche öffentliche, politische Fragen im Heiligum katholischer Vereine zu erörtern wagen, den Vorwurf, sie tragen in die Vereine einen Sprengstoff hinein, der den Gemeinschaftsgeist zerstören und das Vereinsleben schädigen muß. So etwa lautet der einzig sachlich erscheinende Einwand dieser eigenartigen Bewegung. Es lohnt, diesem Einwand etwas nachzugehen.

Seite:

Die Welt (Illustrierte Wochenbeilage)
Unterhaltung und Wissen
Filmschau
Turnen, Sport und Spiel

Der Reichstag in Ferien

Nach Annahme der Amnestie-Vorlage mit Zweidrittelmehrheit

Berlin, 14. Juli.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde der von dem Zentrum, den Demokraten, der Volkspartei und den Sozialdemokraten eingebrachte Amnestiegesetzentwurf in nicht nennenswerter Abstimmung unter Ablehnung aller Änderungsanträge gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschhannoveraner angenommen. Die Amnestie soll einen Schlußstrich machen unter die Ereignisse der Inflationzeit und der ersten Jahre nach dem Umsturz und unfaßlichen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Anhängige Verfahren werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Januar 1928 begangen worden ist; neue Verfahren werden nicht eingeleitet. Von der Amnestie bleiben u. a. ausgegeschlossen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse aus Egoismus, ferner Verbrechen gegen das Leben, Lebenslängliche Zuchthausstrafen werden in Gefängnis von 7½ Jahren umgewandelt.

Am Schluß der Sitzung erhielt der Präsident die Ermächtigung, den Termin der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Er erklärte die Sommerferien des Reichstages für geschlossen und entließ die Abgeordneten mit den besten Wünschen in die Ferien. Die nächste Sitzung des Reichstages dürfte Anfang November stattfinden.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurden zunächst die Novellen zur Unfall-Versicherung dem Sozialpolitischen Ausschuss übergeben und das Gesetz über Einstellung des Personalabbaues bis 31. Januar 1929 verlängert.

Es folgte dann die zweite Beratung der Amnestie-Vorlage.

Der Reichsjustizminister Koch drückte seine Freude aus über die große Mehrheit mit der der vorliegende Entwurf in Ausschuss angenommen worden ist. Daraus ergibt sich schon, daß es sich nicht um eine einseitige parteipolitische Maßnahme, sondern um einen Akt wohlverständiger Volkshoheit handelt. Die Vorbedenken konnten aus praktischen Gründen nicht unter die Reichsamnestie fallen, aber wir wollen gern den Ländern Begnadigungen für solche Fälle empfehlen. Wenn das Reich die Amnestie für politische Delikte auch auf die Länder

ausgedehnt hat, so ist das keine unitarische Rechtssetzung, sondern der einzig praktische Weg. Um aber alle Bedenken an dem Wege zu räumen, wollen wir den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes betonen.

Nachdem der Reichsjustizminister Koch und Overling gesprochen hatten, erhielt der Abgeordnete Geisler (Komm.) das Wort. Er richtete heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten und bezeichnete die Vorlage als unzureichend. Von den Sozialdemokraten wird ihm wiederholt zugeworfen: „Wollt Ihr denn die Vorlage ablehnen?“ Die Erregung der Sozialdemokraten steigert sich bei den weiteren Angriffen des Redners. Mit lautem Geschrei wird von den Sozialdemokraten die Schlußklärung des Abgeordneten Geisler ausgenommen, daß die Kommunisten dem Entwurf zustimmen würden.

Abgeordneter Dittmann (Soz.) erklärt zur Geschäftsordnung: „Wir haben nach schweren Bedenken den vorliegenden Entwurf unterschrieben. Wir redeten damit, daß wir trotz unserer Unterschrift von den Kommunisten beschimpft werden würden. Daß die Beschimpfungen einen derartigen Grad erreichen würden, wie wir es jetzt bei dem Austritt des Abgeordneten Geisler erleben, haben wir nicht vermutet (laute Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Die sozialdemokratische Fraktion bittet deshalb das Haus, die Sitzung um eine halbe Stunde zu unterbrechen, damit unsere Fraktion beraten kann, ob sie unter diesen Umständen ihre Unterschrift unter dem Antrag aufrecht erhalten kann.“ (Händeklatschen bei den Sozialdemokraten, Lärm bei den Kommunisten.)

Gegen die Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten wird die Unterbrechung der Sitzung beschlossen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung — die Pause hatte sich auf 1½ Stunden ausgedehnt — gab

Abg. Dittmann (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion hat sich nach der Rede des Abg. Geisler, die mit Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie angefüllt war, die Frage vorgelegt, ob sie ihre Unterschrift unter der Vorlage aufrechterhalten könne. Der Sozialdemokratie ist es darum zu tun, die wegen politischer Delikte in Haft befindlichen Arbeiter zu befreien. Sie betrachtet die Amnestiefrage nicht als Parteifrage. Die schmähenden Hetze, die der Abg. Geisler über das Gesetz abgegeben hat, können ihre treffende Widerlegung in der Tatsache, daß die Kommunisten selbst dem Gesetz zustimmen wollen. Die Sozialdemokratie wird deshalb ihre Unterschrift nicht zurückziehen.
(Fortsetzung nächste Seite)

Positiv ausgedrückt, will man doch offenbar nicht mehr oder nicht weniger, als daß die katholischen Vereine selbst und die Redner, die diesen Vereinen ihre Zeit und ihr Wissen zur Verfügung stellen, streng gehalten sein sollen, alles Politische peinlich zu vermeiden. Alles Politische sagen wir mit Bedacht. Denn wenn man nach der Meinung dieser Richtung schon die Auffassung katholischer Politiker, die gewöhnlich mit der der Zentrumspartei wesentlich übereinstimmt, als Sprengstoff betrachtet, dann muß jede andere politische Haltung in diesen Vereinen tödlicher als Phosphorus wirken. Man wird aber doch ohne weiteres zugeben, daß diese edle Selbstbeschränkung der katholischen Vereinsarbeit schon mehr als Selbstverstellung bedeuten würde. Und diesen Gedanken mag man zu vertreten, während im Lager der Christentumsgegner schon die Jugend systematisch politisch geschult und in die Klassenkampffront eingegliedert wird, während eine verderbliche Politik schon gierig ihre Hände nach der Schule ausstreckt, um hier so weit als möglich die ganze Erziehung in ein politisches System hineinzuzwingen. Sieht man diese Dinge nicht, daß man es unternimmt, hier eine Dolchstoßaffäre am katholischen Vereinsleben zu propagieren? Auf die politische Schulung unserer katholischen Vereine verzichten, hieße, unsere katholischen Mitbrüder, die umworben und umschoben an der Werkbank und im Bureau im Kreuzfeuer einer zersetzenden Politik und Weltanschauung stehen, ihrer Umwelt preisgeben, sie widerstandslos dem Moloch Liberalismus, Nationalismus oder Sozialismus opfern. Wenn in der Vorkriegszeit der Volksverein für das katholische Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit war, und er war seiner ganzen Zielsetzung und Arbeit nach seit Windthorst's Zeiten Schulung für das öffentliche Leben, so brauchen wir heute, wo die Probleme um uns nur noch größer und verworrener geworden sind, erst recht die katholischen Vereine, um unser katholisches Volk vor dem Indifferentismus in öffentlichen Dingen zu bewahren. Das wird auf die Dauer nur durch eine systematische und gründliche Schulung der Massen möglich sein.

Es ist ebenso kleinlich wie irrig, die Dinge so dar-

zustellen, als ob das Ziel dieser politischen Schulungsarbeit ein parteipolitisches im üblen Sinne des Wortes wäre, nämlich die Stärkung der Zentrumspartei nur um dieser Partei und ihrer Politik willen. Wer die Dinge allerdings so sieht, der beweist damit nur, daß er über den Horizont einer verengten Parteipolitik noch nicht bis zu den askaltenden Höhen einer Staatspolitik vorgedrungen ist. Ueber der Zentrumspartei steht für uns Katholiken immer die Gestaltung der Politik aus unserer Weltanschauung heraus. Diese Art der politischen Betätigung ist das Entscheidende. Die Zentrumspartei als solche ist für uns die maßgebende, solange sie sich mit unseren weltanschaulichen und politischen Grundfragen deckt. Wenn die Zentrumspartei je in wesentlichen Punkten diese weltanschauliche Forderung unserer Politik außer acht lassen wollte, dann wäre die Unabhängigkeit der katholischen politischen Haltung wohl sofort gegeben. Die im wesentlichen übereinstimmende Haltung ist der tiefere Grund, weshalb die große Mehrheit der deutschen Katholiken bis hinauf zu den deutschen Bischöfen stets der politischen Arbeit der Zentrumspartei Anerkennung und treue Gefolgschaft geleistet hat und noch heute leistet.

Es hat noch niemand zu verneinen gewagt, daß der Katholizismus unserem öffentlichen Leben Vieles zu sagen habe. Der Katholizismus hat zu allen Zeiten und für alle Verhältnisse im privaten und öffentlichen Leben seine Richtlinien gehabt. Das ist nicht nur unter Leo dem Dreizehnten so gewesen, das ist auch unter Pius dem Ersten noch so. An die großen Grundzüge unseres heiligen katholischen Glaubens ist jeder einzelne Katholik moralisch ebenso stark gebunden, wie die Gesamtheit der katholischen politischen Vertreter der Zentrumspartei. Diese gemeinsame Bindung an die gleichen Lebensgesetze schafft auch gegenseitige Verpflichtungen. Das sind die gefundenen Wechselbeziehungen zwischen Katholizismus und Zentrumspartei. Für diesen besonderen Charakter unserer Politik, den man im Lager der Gegner hinreichend falsch ausgeschlachtet, sollten doch wenigstens alle Katholiken vollstes Verständnis haben. Wenn es der Verständnislösigkeit wie-

S. 42

St.-Gemein-Statt

Seite 8

Seite 9

St.-Gemein-Statt

S. 42

Zur Herz-Jesu-Enzyklika